

Der unsoziale Hund(t) ist aus dem Sack! 80 Milliarden Sparpaket bis 2014! Der Hauptteil zu Lasten der sozial Schwachen und ArbeitnehmerInnen!

Durch den Beschluss des Bundeskabinetts am 6./7. Juni wurde mittlerweile deutlich, dass die lang erwartete Rechnung über die Krisenkosten in der Hauptsache die sozial Schwachen und ArbeitnehmerInnen schultern sollen! Zu Redaktionsschluss waren noch nicht alle Details der Sparvorschläge bekannt und die Höhe der einzelnen Spartranchen exakt beziffert.

Massive Kürzungen / Streichungen sind u.a. in folgenden sozialen Bereichen geplant:

- Kürzungen bei sämtlichen 2,2 Millionen „erwerbsfähigen“ Arbeitslosengeld II - EmpfängerInnen, davon 700.000 alleinerziehende Menschen. Streichung der Rentenbeiträge für Hartz IV - BezieherInnen! Wegfall des Zuschlags beim Übergang von ALG I zu ALG II!
- Streichung der Heizkostenzuschüsse für Wohngeldempfänger und gering verdienenden Zweipersonen - Haushalte
- Kürzung des Elterngeldes für Mütter und Väter von 67 auf 65% vom letzten Nettogehalt! Dies soll 500 Millionen „bringen“! Streichung des Elterngeldes in Höhe von 300 € für Hartz IV-Familien!
- Streichung von 10.000 bis 15.000 Stellen beim Bund und Streichung der Erhöhung des Weihnachtsgeldes für Bundesbeamte!

- Einsparungen bei der deutschen Bahn von 500 Millionen pro Jahr. Auf wessen Kosten und wie das gehen soll, lässt sich jetzt schon erahnen: schlechtere Entlohnung des Personals, höhere Fahrpreise, Senkung der Sicherheitsstandards und der Qualität, weitere Ausdünnung der Bahn in der Fläche usw. usf. Aber Festhalten an Stuttgart 21!
- Einführung einer neuen Steuer im Luftverkehr für alle Flüge, die aus Deutschland rausgehen. Diese wird dann sicher seitens der Fluggesellschaften auf die Fluggäste abgewälzt werden – eine pfiffige indirekte Steuer.

Jetzt wird noch zur Beruhigung der Öffentlichkeit über Streichungen bei Teilen der Wirtschaft nachgedacht. Wie stark und ob überhaupt die Wirtschaft sich belasten lässt, ist noch nicht klar. Auf jeden Fall werden die Lobbyisten und ihre Helfershelfer in der Regierung und den Parteien versuchen, noch

Jahreskonferenz der Gewerkschaftslinken im September Krisenpolitik der Gewerkschaften: Kapitulieren oder gemeinsam kämpfen? Schluss mit den Zugeständnissen ans Kapital!

Wir wollen auf unserer Jahreskonferenz am Freitagabend eine Bestandsaufnahme machen zur **Krisenpolitik der Gewerkschaften und zur aktuellen politischen Situation** – wo stehen wir, wo muss es hingehen.

Am Samstag beginnen wir mit einer **Podiumsdiskussion über betriebliche Kämpfe in Krisenzeiten – Erfolge, Misserfolge, neue Wege** – wie streiten wir am erfolgreichsten für unsere Zukunft. Vertreter aus Betrieben werden über ihre Erfahrungen aus betrieblichen Kämpfen berichten.

Am Samstagnachmittag werden wir uns nach kurzen Einführungsreferaten in **Workshops** mit folgenden Themen beschäftigen:

- Wie wehren wir uns gegen die **Sparpakete** von Kapital und Kabinett?
- Gewerkschaftliche **Tarifpolitik** – welche Signale müssen wir setzen?
- **Organizing** – ein Weg aus der gewerkschaftlichen Defensive?
- **Innergewerkschaftliche Demokratie** – was hat sich verändert, wie können wir Einfluss nehmen?

Termin: Freitag, 24. September 2010 um 18.00 Uhr
Samstag, 25. September 2010 von 9.00 bis 17.00 Uhr
Ort: Stuttgart, Gewerkschaftshaus, Willi-Bleicherstraße 20

Weitere Infos ab Juli im Labournet unter: www.labournet.de/GewLinke

Die Krise heißt Kapitalismus

Gemeinsam gegen Arbeitslosigkeit, Kopfpauschale und Bildungsabbau

SOLIDARITÄT

Wir zahlen NICHT für eure KRISE!

Für eine solidarische Gesellschaft

12. Juni 2010

Bundesweite Demonstration
Berlin | 12 Uhr | Alexanderplatz
Stuttgart | 11 Uhr | Innenstadt

www.kapitalismuskrise.org

so viel wie möglich für ihr Klientel zu verhindern. Trotzdem wird versucht werden, den Schein der sozialen Ausgeglichenheit zu erwecken, um die Akzeptanz bei den Gewerkschaften zu erhöhen.

Widerstand tut Not!!!

Kollege Sommer (DGB-Bundesvorsitzender) hat im Fernsehen am Sonntagabend (6.Juni) „die soziale Schieflage“ des Sparpakets beklagt und Widerstand der Gewerkschaften angekündigt!

Gut so, wenn er denn damit gemeint hat, dass der ganze Teil des Sparpakets, der auf unsere Kosten gehen soll, verhindert und nicht nur ein wenig abgeschwächt werden muss!

Wir meinen:

„Harte Gespräche“ der DGB- und Einzelgewerkschaftsspitzen mit der Regierung und die Warnung, der „soziale Friede sei in Gefahr“, um „Korrekturen“ am Sparpaket anzubringen, werden uns nicht helfen!

Notwendig ist entschiedener Widerstand: auf der Straße, in den Betrieben und Büros, gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf unseren Rücken!

DGB und BDA wollen Streikrecht einschränken Gemeinsamer Vorstoß für gesetzliche Regelung gegen Spartengewerkschaften

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Michael Sommer, und der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Dieter Hundt, präsentierten am Freitag in Berlin gemeinsame Eckpunkte für ein Tarifvertragsgesetz. Demnach soll in einem Betrieb mit konkurrierenden Tarifverträgen nur derjenige der Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern angewendet werden. Für die Dauer dieser vorrangigen Tarifvereinbarung bestünde für alle Gewerkschaften Friedenspflicht. In dieser Zeit wären Arbeitskämpfe demnach ausgeschlossen. Es sei „mehr als problematisch, wenn Belegschaften gespalten und die notwendige Solidargemeinschaft eines Betriebes durch einzelne Funktionsebenen und Berufsgruppen gesprengt werden kann“, erklärte Hundt zur Begründung. Unternehmerverbände und Gewerkschaften hätten in den vergangenen Jahren „gemeinsam die Flächentarifverträge modernisiert und flexibilisiert. Diese Tarifordnung wollen wir gemeinsam erhalten.“ Auch wolle man verhindern, dass sich zunehmend Spartengewerkschaften bilden.

Sommer warnte vor einer »Zerklüftung der Tariflandschaft«. Das Prinzip »Ein Betrieb – ein Tarifvertrag« habe sich bewährt. Ständige Tarifkonflikte könnten sich die Betriebe zudem nicht leisten.

Hintergrund des Vorstoßes ist die Befürchtung, dass das Bundesarbeitsgericht noch in diesem Jahr in einem Grundsatzurteil die Rechte von Spartengewerkschaften stärken könnte. Deswegen wollen BDA und DGB so schnell wie möglich eine gesetzliche Regelung auf den Weg bringen. Die Resonanz der Politik auf den Vorstoß sei bislang „positiv“ gewesen, so Hundt.

In der Praxis würde ein solches Gesetz allerdings auch bedeuten, dass beispielsweise die Gewerkschaft

Notwendig ist der politische Streik - bis zum Generalstreik - zur Verhinderung des Sparpakets in dieser Form! Die Reichen, die Krisenverursacher und die Krisengewinnler sollen zahlen!

In diesem Kampf stehen wir nicht alleine! Überall in Europa steht die ArbeiterInnenbewegung vor der gleichen Aufgabe wie hier: Verhindern, dass die Krise Erwerbslosigkeit, ungesicherte Beschäftigung und Armut weiter steigen lässt. Die griechische ArbeiterInnenbewegung ist dabei, es uns vor zu machen!

Europaweit gemeinsam gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf uns, gegen Sparpläne, Sozialabbau, Privatisierungen und Armut!

Wir zahlen nicht für eure Krise!

Demonstriert dafür am 12. Juni in Stuttgart und Berlin!

Generalstreik jetzt!

Sekretariat der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Deutscher Lokomotivführer (GDL) in Verkehrsbetrieben, in denen von Transnet/GDBA oder von ver.di abgeschlossene Tarifverträge gelten, keine Arbeitskämpfe für Lokführertarifverträge mehr führen dürfte.

Aus der Tageszeitung „Junge Welt“ vom 5.Juni 2010 von Rainer Balcerowiak



Kommentar: Es ist schon ein merkwürdiges Verständnis von Gewerkschaftspolitik, mit dem Klassengegner gemeinsame Eckpunkte zum Streikrecht zu vereinbaren. Der Streik ist die schärfste Waffe der Gewerkschaften, um die Interessen der abhängig Beschäftigten durchzusetzen. Diese Waffe schleift man nicht mit dem Klassengegner zurecht. Was wir dringend brauchen, ist eine Ausweitung des Streikrechts, insbesondere des politischen Streikrechts, keine weiteren Einschränkungen. Insbesondere in solchen Krisenzeiten ist ein umfassendes Streikrecht notwendiger denn je, um die Angriffe von Kapital und Kabinett abwehren zu können.

Zahlen „Wir Deutsche“ für die Krise in Griechenland?

Seit Wochen betreiben die bürgerlichen Medien in Deutschland eine nationalistische Hetze gegen die „faulen und korrupten Griechen“. „Warum zahlen wir den Griechen ihre Luxus-Renten?“. Diese Bildschlagzeile ist dabei nur der Gipfel des Eisbergs und der Unverschämtheiten. Bei einer Jugendarbeitslosigkeit von 20%, einem Durchschnittslohn von 800 bis 1.000.- € und einer Durchschnittsrente von 600.- € bei einem annähernd gleichen oder sogar noch höherem Preisniveau in Griechenland kann von Luxus nicht die Rede sein, sondern vielmehr von einer sich ausbreitenden Massenarmut. In diesem Artikel sollen ein paar Fakten benannt werden, die kaum in der Presse erscheinen und die klar machen, wer hier auf wessen Kosten einen fetten Reibach macht.

Wem nutzt das griechische Rettungspaket der Regierung Merkel in Höhe von 8,4 Mrd. €?

Im April beschloss die CDU/CSU/FDP-Regierung sich mit 8,4 Mrd. € an einem europäischen Rettungsfonds für den überschuldeten griechischen Staat zu beteiligen, das allein aus deutschen Steuermitteln finanziert wird. Gerne übersehen wird dabei, dass diese „Hilfen“ keine Geschenke, sondern Kredite mit einer Zinsrate von 5% sind und dass von den 303 Mrd. € griechischen Auslandsschulden allein 43,3 Mrd. € deutsche Banken halten. Was hat Merkel also gemacht? Sie hat 8,4 Mrd. € unserer Steuern verwendet, um die Milliardengewinne deutscher Banken weiterhin zu garantieren. Und über die Bildzeitung wird uns verkauft, dass „wir“ jetzt für die „griechischen Schmarotzer“ zahlen müssen.

Wer ist verantwortlich für die Griechenlandkrise?

Die deutsche Exportoffensive...

In vielen Zeitungen ist zurzeit zu lesen, Griechenland hätte sich den Euro erschlichen. Abgesehen davon, dass alle EU-Länder in ihren Statistiken bescheißen, hatte damals vor allem die deutsche Regierung ein Interesse daran die Eurozone möglichst weit auszudehnen, damit das deutsche Kapital optimale Exportbedingungen hat und nicht mehr durch Währungsschwankungen behindert wird. So betrug der Handelsüberschuss der BRD 2008 gegenüber den Euro-Ländern Spanien, Italien und Portugal – die nächsten Wackelkandidaten – 150 Mrd. € (Quelle: Eurostat 2010). Deutsche Exporte nach Griechenland häuften sich 2008 auf 8,3 Mrd. €, dem gegenüber nur griechische Importe von 1,9 Mrd. € standen (Quelle: auswärtiges Amt). Interessanterweise ungefähr die Summe mit der „wir“ jetzt Griechenland „helfen“. Der dadurch niedergehenden einheimischen griechischen Wirtschaft und die daraus wachsenden sozialen Spannungen begegnete der griechische Staat mit einer immensen Verschuldung. Er erkaufte sich die Ruhe gegenüber einer immer schon kämpferischen griechischen Arbeiterklasse.

... durch die Ausweitung des Niedriglohnsektors in der BRD ermöglicht

Die deutsche Exportoffensive wurde im wesentlichen durch den in Deutschland von Rot-Grün und jetzt der CDU/CSU/FDP betriebenen Sozialabbau, erinnert sei hier nur an Hartz I -IV, und den von den Gewerkschaftsführungen ausgehandelten „verantwortungsbewußten“ Tarifabschlüssen der letzten Jahre ermöglicht. Während in den anderen EU-Ländern die Löhne stiegen, fielen die inflationsbereinigten Einkünfte der deutschen Bevölkerung von 2000 – 2008 um 9% (Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung). Gleichzeitig wuchs der Niedriglohnsektor der BRD 1995 bis 2007 von 4,37 Mio. Beschäftigten auf 6,5 Mio. Nur am Rande erwähnt sei hier,

dass durch die Exportoffensive der letzten Jahre ausschließlich die deutschen Konzerne und Banken verdient haben.



Was heißt Internationale Solidarität?

Lassen wir uns also von der nationalistischen Hetze der bürgerlichen Medien und Politiker nicht spalten. Es geht nicht darum, dass „fleißige Deutsche“ für die „faulen Griechen“ zahlen müssen. Die Überschuldung von Euro-Staaten wie Griechenland, Portugal, Spanien und Italien wurde mit verursacht durch die Exportoffensive des deutschen Kapitals. Diese wiederum war unter anderem durch eine Senkung der Löhne und eine Ausweitung des Niedriglohnsektors hier möglich. Dazu kommt die größte kapitalistische Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren, die von den bürgerlichen Regierungen aller Euroländer mit einer gigantischen Staatsverschuldung auf unsere Kosten zu lösen versucht wird. Erhöhung des Renteneintrittsalters, Mehrwertsteuererhöhung, Senkung der Löhne und Sozialabgaben, die Abwälzung der Krise zu Lasten der lohnabhängigen Bevölkerung gleicht sich in ganz Europa an. Internationale Solidarität mit unseren griechischen KollegInnen heißt daher hier für Mindestlöhne von mindestens 10.- € die Stunde, eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, für eine höhere Besteuerung von großen Einkommen und Vermögensmillionären und für die Verstaatlichung des Bankensektors zu kämpfen. Wie das geht? Das machen uns die griechischen KollegInnen gerade mit Generalstreiks und kämpferischen Massendemonstrationen vor.

Münchener Gewerkschaftslinker

info@mgl.laboumet.de
www.laboumet.de

Tarifabschluss in der Chemieindustrie

Kurzzeitig sah es so aus, als sollte ausgerechnet die von Medien und Politik stets als »modern« gepriesene IG BCE das Tarifjahr 2010 ein wenig spannend machen. Ver.di hatte zuvor für den öffentlichen Dienst nach lediglich symbolischen Warnstreiks eine Einkommensverbesserung von 2,3 Prozent in 26 Monaten vereinbart. Und die IG Metall versuchte erst gar nicht, die Tarifrunde mit einer Mobilisierung zu verbinden. Am Ende standen eine Entgelterhöhung von 2,7 Prozent in 23 Monaten sowie eine »tarifliche Kurzarbeit«, die weitgehend von den Beschäftigten finanziert wird. Für die IG BCE seien diese Abschlüsse „kein Maßstab“, ließ die Gewerkschaft danach wissen und erklärte: „In der Chemie ist mehr drin.“

Doch das ungewohnte Verbalgeplänkel währte nicht lang. Schon in der ersten zentralen Verhandlungsrunde kamen die IG BCE und der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) überein, den alten Tarifvertrag ohne Änderungen mit einer Laufzeit von elf Monaten wieder in Kraft zu setzen. Die Folge: Die Arbeiter und Angestellten der Branche bekommen monatlich keinen Cent mehr Geld. Sie erhalten lediglich eine Einmalzahlung von 550 Euro, Schichtarbeiter ein wenig mehr. Die Auszahlung bis Ende Juni kann allerdings per Betriebsvereinbarung verschoben oder der Betrag auf bis zu 300 Euro gekürzt werden. Eine

weitere Einmalzahlung von 200 Euro soll es in Firmen geben, „die nicht wesentlich von der Krise betroffen sind oder waren“.

Damit setzt die IG BCE ihren Kurs der Reallohnsenkung der betrieblichen Differenzierung von Tarifstandards fort. Ausdruck dessen ist auch die Vielzahl der Abweichungen vom Flächentarif. Nach Gewerkschaftsangaben haben allein im vergangenen Jahr 347 Betriebe mit über 130000 Beschäftigten von den entsprechenden Öffnungsklauseln Gebrauch gemacht. Der Flächentarif ist damit längst nicht mehr Mindeststandard, sondern nur noch unverbindliche Orientierungsgröße.

Wie im kürzlich geschlossenen IG-Metall-Tarifvertrag finden sich im »Krisenbündnis Chemie« Regelungen zur »Beschäftigungssicherung«, die allerdings gleichermaßen nicht verpflichtend sind. Die Unternehmen müssen zwar den Einsatz von Kurzarbeit, Tarifabweichungen und anderer Instrumente prüfen, bevor sie betriebsbedingte Kündigungen aussprechen. Ausgeschlossen sind diese jedoch nicht.

Daniel Behruzi, Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di

Gewerkschaftslinken verurteilen Tarifvertrag zu Leiharbeit Niedriglöhne werden zementiert

Am 30. April hat die DGB-Tarifgemeinschaft Zeitarbeit mit dem Arbeitgeberverband iGZ einen neuen Tarifvertrag unterzeichnet. Er ist ein Schlag ins Gesicht der LeiharbeiterInnen.

Mit diesem Tarifvertrag wird das seit 2004 gültige gesetzliche „Equal Pay“ ohne Not unterlaufen. Dieses Gesetz (1.1.2004) sieht vor, dass LeiharbeiterInnen für die gleiche Arbeit ebenso entlohnt werden müssen, wie die KollegInnen der Stammebelegschaften. Es sei denn, eine Gewerkschaft verhandelt einen Tarifvertrag, der eine schlechtere Entlohnung vorsieht. So gab es von Seiten der Christlichen Gewerkschaften wie auch von der DGB Tarifgemeinschaft Zeitarbeit entsprechende Tarifverträge. Diese waren nun ausgelaufen.

Die Tariffähigkeit der Christlichen Tarifgemeinschaft steht nach wie vor in Zweifel. Hätte der DGB keinen neuen Vertrag abgeschlossen, hätte eine realistische Aussicht auf „Equal Pay“ für die Branche bestanden. Diese Tür ist nun für Jahre zugeschlagen worden.

So sollen die Entgelte der untersten Entgeltgruppe in Westdeutschland ab dem 1. Juli 2010 auf 7,60 Euro und in weiteren Stufen bis auf 8,19 Euro ab dem 1. November 2012 steigen. In Ostdeutschland erhöht sich das Entgelt der untersten Entgeltgruppe ab 1. Juli 2010 auf gerademal 6,65 Euro und in weiteren Stufen – auf dann 7,50 Euro ab 1. November 2012.

Dieser Tarifvertrag zementiert die Niedriglöhne in der Leiharbeit.

Die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken verurteilt diesen Abschluss aufs Schärfste. Er hat nichts mit Interessensvertretung der LeiharbeiterInnen zu tun, sondern lieferte diese ans Messer der Leihfirmen. Und dies in Zeiten, wo damit zu rechnen ist, dass Leiharbeit eine weitere Ausdehnung erfährt. Dies wird insgesamt den Druck auf das Lohnniveau verstärken.

In der Abschlusserklärung der 11. Konferenz der Gewerkschaftslinken (Oktober 2009) heißt es:

„Hartz IV mit seinen Zumutbarkeitsklauseln und Sanktionsmöglichkeiten hat mit entscheidend dazu beigetragen, dass der **Niedriglohnbereich** und die prekären ungesicherten Beschäftigungsverhältnisse massiv angestiegen sind. Dem kann nur mit der Durchsetzung eines für alle Branchen gültigen gesetzlichen Mindestlohns von zunächst 10 € in der Stunde, und zwar lohnsteuerfrei begegnet werden.

Die **ungesicherten Beschäftigungsverhältnisse** – Leiharbeit, Befristungen, Minijobs usw. sind in den letzten Jahren kräftig gestiegen. Sie spalten Belegschaften und machen erkämpfte Errungenschaften (Tariflöhne, Kündigungsschutz usw.) zunichte. Wie krass aber die Auswirkungen der Krise auf diese Beschäftigtengruppe sind, spüren wir sehr heftig seit dem Beginn der Krise. Sie waren die Ersten, die auf die Straße gesetzt wurden – oft sogar direkt in Hartz IV fielen, weil die Beschäftigungszeiten für ALG I nicht reichten oder die Einkommen so niedrig sind, dass ALG II höher ist als ALG I. Diese Beschäftigungsverhältnisse müssen abgeschafft werden. Auch zum Schutze der regulären Beschäftigungsverhältnisse.“

Weitere Infos im Labournet unter:

www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/psa/igz.html

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani –
Christiaan Boissevain

Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 8. Juni 2010